

# Tüv fürchtet Gefahren durch Windräder

Die Regierung in Mainz sagt: Der Verein will selbst prüfen und hat eigene Interessen. Heute Fragestunde im Saar-Landtag.

VON BERND WIENTJES  
UND DANIEL KIRCH

**SAARBRÜCKEN/TRIER** Der Technische Überwachungsverein (Tüv) fordert wie für Tankstellen oder Aufzüge umfassende Vorgaben für regelmäßige Kontrollen von Windrädern. Für Anlagen, die vor 2004 errichtet worden sind, gibt es bislang gar keine Kontrollpflicht. Laut Tüv betrifft das die Hälfte aller 30 000 Windräder in Deutschland. Nach diesem Zeitpunkt aufgestellte Windräder müssen alle zwei Jahre von den Herstellern überprüft werden. Die Betreiber der Anlagen können diesen Zeitraum auf vier Jahre verlängern, wenn sie die Anlage regelmäßig warten.

„In der Praxis führt das dazu, dass die Sicherheit der neueren Windräder nur alle vier Jahre von unabhängiger Seite überprüft wird“, sagt Joachim Bühler, Geschäftsführer des Tüv-Verbands. Dieser Zeitraum sei zu lang. Zudem gebe es keine Vorgaben zur Kompetenz und Unabhängigkeit der Sachverständigen. Laut seinen Aussagen kommt es pro Jahr zu bundesweit bis zu 50 gravierenden Schäden an Windrädern. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis dadurch Menschen zu Schaden kämen.

Heftige Sturmböen hatten am Rosenmontag Teile eines Windrads im rheinland-pfälzischen Gimbweiler zwischen Birkenfeld und Freisen auf die nahe gelegene Autobahn 62 geweht. Die Straße wurde daraufhin

in dem Bereich gesperrt.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung aus SPD, Grünen und FDP sieht in den Forderungen des Überwachungsvereins vor allem „eigenwirtschaftliche Interessen“. Dieser habe ein Interesse daran, „möglichst häufig zu prüfen“, sagte Umweltschaftssekretär Thomas Griese (Grüne) im Januar im Umweltausschuss.

**Eine Tüv-Pflicht wird im Saarland von FDP-Chef Oliver Luksic und in Rheinland-Pfalz von CDU und AfD gefordert. Windräder müssten als Industrieanlagen betrachtet werden, die einer bundeseinheitlichen verpflichtenden Tüv-Prüfung der gesamten Anlagen unterliegen, hatte Luksic nach dem Vorfall an der A 62 gesagt.** Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, Stefan Pauluhn, hatte sich dafür ausgesprochen, Windräder engmaschiger zu kontrollieren, und dabei den Tüv ins Gespräch gebracht. Allerdings sieht die Landesregierung dafür keine Notwendigkeit. Die geltenden Richtlinien für die Prüfungen der Bauteile und Standsicherheit seien ausreichend.

**Die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und im Saarland sehen keine Notwendigkeit für eine Tüv-Pflicht bei Windrädern.**

Auch die rheinland-pfälzische

Landesregierung sieht in einer Tüv-Pflicht keinen Sicherheitsgewinn. „Eine entsprechende Sonderregelung für Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen industriellen Anlagen mit teilweise deutlich höherem Risikopotenzial ist aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt“, heißt es im Mainzer Umweltministerium.

**Heute ist der Zwischenfall an der A 62 Thema im saarländischen Landtag. Zu Beginn der Parlaments-sitzung wird der AfD-Abgeordnete Lutz Hecker der Landesregierung Fragen dazu stellen.**

**Eine mögliche Gefahr für Windräder sind auch Brände in großer Höhe.** Dann bestehe keine Möglichkeit der Brandbekämpfung, sagt Michael Klein, Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz. Die häufigste Brandursache bei Windrädern seien Blitzschlag oder elektrische Fehler.

Laut Bundesverband Windenergie (BWE) hat es seit 2005 insgesamt 79 Unfälle an deutschen Windkraftanlagen gegeben. Zumeist waren es Brände. **Klein fordert daher für jede Windkraftanlage ein eigenes Brandschutzkonzept und jeweils einen Notfallplan.** Dazu zählten die Verwendung nichtbrennbarer oder schwer entflammbarer Stoffe, ein Blitz- und Überspannungsschutz, ein Rauchverbot in der Anlage und um sie herum, automatische Brandmelde- und Feuerlöschanlagen sowie „regelmäßige fachkundige Instandhaltung“.



Dieser Schaden an einem Windrad an der A 62 nahe Freisen, verursacht durch einen Blitzschlag, hat eine Sicherheitsdebatte ausgelöst. FOTO: B & K

## MELDUNGEN

### Toter nach Unfall auf A 1 in Luxemburg

**LUXEMBURG-STADT** (dpa) Bei einem Unfall auf der A 1 in Luxemburg ist am Dienstagmorgen ein Mann ums Leben gekommen. Der 39-Jährige aus Esch/Alzette saß als Beifahrer in einem Auto, das kurz nach der Auffahrt Potaschberg mit einem Lastwagen kollidierte, wie ein Sprecher der Polizei in Luxemburg-Stadt mitteilte. Der Fahrer des Autos wurde lebensgefährlich verletzt. Noch sei völlig unklar, wie es zu dem Unfall gekommen war. Nach dem Unfall wurde die Autobahn in Höhe Potaschberg in Richtung Luxemburg für mehrere Stunden gesperrt.

### Heftige Böen fegen wieder über die Region

**OFFENBACH** (dpa) Nass und stürmisch: Das Wetter in der Region verlockt in den kommenden Tagen eher dazu, drinnen zu bleiben. Das zeigen die Prognosen des Deutschen Wetterdienstes (DWD). Heute gebe es Windböen in den tieferen Lagen mit Geschwindigkeiten von bis zu 70 Stundenkilometern. Auch Böen mit 80 bis 100 Stundenkilometern seien möglich, vor allem in höheren Lagen, beispielsweise im Hunsrück. Der Wind nehme im Laufe des Abends allmählich ab. Die Aussichten für den morgigen Donnerstag sind ähnlich. So stürmisch wie am Mittwoch werde es aber nicht mehr.

### Fachtagung beschäftigt sich mit Essstörung

**LOSHEIM** (red) Jedes fünfte Kind zwischen elf und 17 Jahren leidet in Deutschland bereits unter den Symptomen einer Essstörung. Das ist das Ergebnis einer Studie des Robert-Koch-Instituts. Deshalb wollen die Gesundheitsämter in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium auf der zweiten saarländischen Fachtagung „Leben.Gleich.Gewicht – Auffälliges Essverhalten – Essen als (Problem-)Lösungsversuch“ am Mittwoch, 20. März, auf die Problematik Essstörung hinweisen und Lösungsvorschläge bieten. Die Veranstaltung findet von 9 bis 17.15 Uhr im Saalbau in Losheim statt.

### Produktion dieser Seite:

Nina Scheid  
Daniel Kirch

# Nationalpark soll zur Natur zurückgeführt werden

Ein Drittel der Waldwege im Hunsrück-Hochwald sollen in den nächsten Jahren verschwinden, um Platz für die Wildnis zu schaffen.



Indem ein Teil der Waldwege verschwindet, können bislang unterbrochene Gebiete zu einem großen Biotopverbund zusammenwachsen. FOTO: OLIVER DIETZ/DPA

**MAINZ** (dpa) Im Nationalpark Hunsrück-Hochwald beginnt noch in diesem Jahr die Umsetzung eines Wegeplans: In den nächsten zehn Jahren soll demnach ein Drittel der Wege der Natur überlassen werden, sodass etwa Pflanzen sie überwachsen und Gewässer sie überfließen können. Das teilte das Umwelt- und Forstministerium Rheinland-Pfalz auf eine Landtagsanfrage aus der Grünen-Fraktion mit.

„Indem rund ein Drittel der alten

Waldwege verschwinden, können bislang durch die Wegführung unterbrochene Gebiete zu einem großen Biotopverbund verknüpft werden“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Andreas Hartenfels, zu der Antwort des Ministeriums. Mehr als drei Jahre nach seiner Eröffnung zeige der Nationalpark Hunsrück-Hochwald erste Anzeichen für die angestrebte Entwicklung zu einem weitgehend der Natur überlassenen Wald.

So hat die Buche bei jungen Bäumen nach Angaben des Ministeriums bereits einen Anteil von 83 Prozent. Bei älteren Bäumen sind es hingegen nur 46 Prozent. Umgekehrt sind nur noch 15 Prozent der jungen Bäume Fichten, während es bei älteren noch 39 Prozent sind. „Natürlicherweise wäre der Großteil des Nationalparks von Buche bedeckt“, erklärte Umweltschaftssekretär Thomas Griese von den Grünen.

## Bistum Trier fordert Tempolimit auf Autobahnen

**TRIER** (sey) Das Bistum Trier ist für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen. „Die vielen kleinen unterschiedlichen Schritte und Initiativen zum Schutz des Klimas werden sich wechselseitig in ihren Wirkungen verstärken“, begründete der Leiter der Diözesankommission für Umweltfragen, Gundo Lames, die Forderung. Dazu gehöre auch, sich für das Tempolimit starkzumachen. „Wenn es eine Straßenverkehrsregel wird, dann ist es Ausdruck einer weiter wachsen-

den Verantwortung, wir Christen würden sagen: für die Bewahrung der Schöpfung“, sagte Lames.

Ursprünglich geht die Initiative für ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen von der evangelischen Kirche aus. Sie hatte an Aschermittwoch eine Unterschriften-Aktion gestartet. Wenn innerhalb von vier Wochen 50 000 Unterschriften zusammenkommen, gibt es eine Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags.

## Saar-Landtag will heute Brexit-Gesetz beschließen

**SAARBRÜCKEN** (red) Die 51 Abgeordneten des saarländischen Landtags beschäftigen sich heute mit einer Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen. Nach einer Fragestunde zur Sicherheit von Windkraftanlagen (siehe Text oben) geht es um einen von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für ein Gesetz zur Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit des Landes und eine von der Linken beantragte Verschärfung des Tariftreuegesetzes. Außerdem soll ein saarländisches Brexit-Gesetz beschlossen werden.

EU-Bürger dürfen an Kommunalwahlen teilnehmen und als Bürgermeister kandidieren. Für die Übergangszeit nach dem EU-Austritt Großbritanniens soll mit dem Gesetz Rechtsklarheit geschaffen werden. Die AfD hat mehrere Anträge eingereicht, unter anderem zur Aussetzung der Pflichtbeiträge für die Arbeitskammer. Außerdem auf der Tagesordnung steht auch ein Antrag von CDU, SPD und Linken zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung (siehe Seite B 2).

## Saarbrücker Bürgermeister sieht sozialen Frieden bedroht



**Bürgermeister Ralf Latz (SPD).**  
FOTO: LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN

**SAARBRÜCKEN** (red) Die Stadt Saarbrücken hat erneut die Hilfe des Bundes zur Lösung der Altschuldenfrage gefordert. Gemeinsam mit 69 anderen hochverschuldeten Kommunen aus Deutschland wandte sie sich an Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Innenminister Horst Seehofer (CSU). Die Unterstützung sei zwingend geboten, um die grundgesetzlich garantierten gleichwertigen Lebensverhältnisse wiederherzustellen, sagte Bürgermeister Ralf Latz (SPD). „Der

soziale Frieden ist gefährdet, wenn die Lebensverhältnisse in den finanzschwachen Kommunen und reichen Städten und Gemeinden immer weiter auseinanderdriften.“

Anzeige

# Saarland deals %



Wert: 30,00 €  
**Ihr Preis 20,00 €**

Flammkuchen Zentrale St. Ingbert - Florian Jung  
Dudweilerstr. 29 | 66386 St. Ingbert

## Flammkuchenparty für zu Hause inkl. Elektro-Flammkuchenofen, 5 Servierbrettern, 1 Rollmesser und 5 Tiefkühlflammkuchen von der Flammkuchen Zentrale St. Ingbert

Lust auf einen gemütlichen elsässischen Abend mit leckerem Essen zu Hause – ohne Stress? Die Flammkuchen Zentrale St. Ingbert stellt Ihnen alles, was zu solch einem Beisammensein mit Freunden benötigt wird.

Deal nur online erhältlich unter [www.saarland-deals.de](http://www.saarland-deals.de)

Anzeige gilt nicht als Gutschein!

